



Birgit Breuel

0002

Friedrichswall 1
3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 190-64 01
Telex 09 23 530

542207

23.6.1981

Bundesminister des Innern
Herrn Gerhart R. Baum
Graurheindorfer Str. 198

5300 B o n n 1

Bundesminister für
Forschung und Technologie
Herrn Dr. Andreas v. Bülow
Heinemannstr. 2

5300 B o n n 2

Betr.: Untersuchungsschacht in Gorleben

Sehr geehrter Herr Baum,
sehr geehrter Herr v. Bülow,

nach allgemeiner, gesicherter Erkenntnis wird die endgültige Beurteilung des Salzstockes Gorleben auf seine Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle erst nach Abschluß der bergmännischen Erkundung möglich sein. Unter Berücksichtigung der Planungen der PTB dürfte, falls die Umsetzung der Planung reibungslos gelingt, das Untersuchungsergebnis frühestens Anfang 1991 vorliegen. Diese Durchführung wird allerdings in Frage gestellt, falls für das Abteufen der Untersuchungsschächte nicht nur die bergrechtliche Betriebsplanzulassung, sondern auch der Abschluß eines Planfeststellungsverfahrens gemäß § 9 b Abs. 1 AtG erforderlich sein sollte. Diese Frage wird gegenwärtig im Auftrag des BMI gutachterlich untersucht. Sollte die Bundesregierung sich für ein atomrechtliches Verfahren entscheiden, so würde sich der Abschluß der Untersuchungsarbeiten und damit auch die mögliche Inbetriebnahme des Endlagers um einen nicht kalkulierbaren Zeitraum verzögern.

Der Bundesminister des Innern — Ministerbüro —	
Eing.	5. 1981
Wetzg.Nr.	1
Wiedervorl.:	
Arz.	
Vorbereitung	
Mitg.	
St.	
CG	

*RST 1: vollständig
in Umwelt liegt*

*St. 3/1.1 Die Welt kommt
von Nils wird
fehlt*

*2.1 Brief an Frau Buehl,
der die betätigt.*

*Abstimmung
des Textes
mit BK,
BMP und
BtWi*

*Er
17*

Eine solche Verzögerung wird die gesamte Entsorgungsfrage vor neue Probleme und Fristen stellen und ggf. auch die Beschlußlage zwischen Bund und Ländern berühren. 0003

Vielleicht ist es bei Ihrer Meinungsbildung hilfreich zu wissen, daß die Niedersächsische Landesregierung die Auffassung vertritt, daß die geplante Abteufung einer Schachtanlage im Salzstock bei Gorleben nur die Durchführung eines bergrechtlichen Verfahrens zur Voraussetzung hat.

Ich habe mir erlaubt, eine Kopie dieses Schreibens Herrn Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Braun

542208